

# NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt  
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE  
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 208 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Samstag/Sonntag, 7./8. September 1968

Einzelpreis 40 Pf

## Der Kreml will auf hartem Kurs bleiben

### US-Präsident Johnson über die Entwicklung besorgt Besatzer-Abzug bleibt Hauptthema des Prager ZK

MOSKAU / PRAG / WASHINGTON (dpa/upi). Der Kreml will anscheinend seinen harten Kurs gegenüber der Tschechoslowakei fortsetzen. Offizielle Kreise in Moskau wiesen gestern westliche Presseberichte zurück, nach denen die Sowjetführung die Grundlagen ihrer Politik in der Tschechoslowakei überprüfe.

Die sowjetische Parteizeitung „Pravda“ bestätigte dies indirekt in einem Leitartikel, in dem es heißt, CSSR-Partei: Dubcek habe zwar erhebliche Fortschritte in der Wirtschaft erzielt, die Veränderungen im politischen und öffentlichen Leben könnten aber nur als im Anfangsstadium stehend bezeichnet werden.

Der Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen bleibt trotzdem das erste Ziel der Politik der tschechoslowakischen Führung. Das Zentralkomitee der KP der CSSR trat gestern zu Beratungen über die Möglichkeiten zusammen, wenigstens eine beschleunigte Räumung der tschechoslowakischen Städte durch die Besatzer zu erreichen.

Der tschechoslowakische Außenminister Jiri Hájek ist unterdessen gestern Abend in Begleitung des tschechoslowakischen Gesandten in Wien, Novotny, und seiner Familie mit dem Wagen über die österreichische Grenze in die CSSR eingereist.

#### Kusnezow bei Svoboda

Moskau hat gestern den ersten stellvertretenden Außenminister Kusnezow nach Prag entsandt. Er wurde vom tschechoslowakischen Staatspräsidenten Svoboda auf dem Hradsin empfangen.

US-Präsident Johnson hat unterdessen gestern seine „große Besorgnis“ über die Lage in Osteuropa un-

terstrichen. Gleichzeitig teilte der Präsident jedoch mit, daß er einige Versicherungen erhalten habe, daß sich diese Situation nicht verschlimmern werde. Johnson bezog sich dabei offensichtlich auf sowjetische Erklärungen, nach denen nicht daran gedacht sei, die Invasion etwa auch auf Rumänien auszudehnen.

#### Gipfeltreffen dementiert

In einer seiner überraschenden Pressekonferenzen bezeichnete Johnson Berichte über seinen angeblich dringenden Wunsch nach einem Gipfeltreffen mit der sowjetischen Führung als übertrieben. Er wolle nicht über die Aussichten für einen derartigen Gipfel spekulieren, aber er könne sagen, daß zur Zeit dafür keine Aussicht bestehe.

Der demokratische Fraktionsführer im Senat, Mansfield, hält es jedoch für fraglich, daß der Senat noch in diesem Jahr den Atomsperrvertrag ratifizieren wird.

Die US-Regierung wird sich dennoch um die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages und seiner Ratifizierung im US-Senat bemühen. US-Verteidigungsminister Clifford hatte vorher in einer Rede vor dem nationalen Presseklub in Washington erklärt, daß für die USA die militärische Stärke lebensnotwendig sei. Deshalb wolle er das Frühwarn- und Verteidigungssystem gegen interkontinentale Raketenwaffen von der Kürzung des Verteidigungshaushaltes ausgenommen wissen.

#### Schröder: Entschlossene Politik

Weder Resignation noch aufgeregte Betriebsamkeit dürfen nach Ansicht von Bundesverteidigungsminister G. Schröder die Antwort der Bundesrepublik auf die Entwicklung der vergangenen Monate in Europa sein. Die richtige Antwort sei vielmehr „die Aufforderung an alle, eine feste, entschlossene und konstruktive Politik zu fördern“. Gleichzeitig hat Generalinspekteur de Maiziere die nach der militärischen Besetzung der Tschechoslowakei verhängten Ausgangsbeschränkungen für alle Truppenteile der Bundeswehr wieder gelockert. Die Soldaten müssen am Wochenende nicht mehr im jeweiligen Standort erreichbar sein.

## Übereinstimmung Kanzler-Demirel

ANKARA (dpa). Bundeskanzler Kiesinger und der türkische Ministerpräsident Demirel haben gestern nach zweiseitigen Besprechungen in Ankara weitgehende Übereinstimmung über die Beurteilung der weltpolitischen Lage und die Auswirkungen der jüngsten Ereignisse in Osteuropa auf die Politik der westlichen Allianz erzielt.

Das noch nicht veröffentlichte Kommuniqué soll die weitgehende Übereinstimmung der beiden befreundeten NATO-Partner in der Beurteilung der Lage bekräftigen. Aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, die türkische Regierung habe nicht die Absicht, zu einer harten Haltung gegenüber der Sowjetunion zurückzukehren. Kiesinger hat Demirel versichert, daß auch Bonn nicht daran denke, den Kurs des Friedens und der Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa zu verlassen.

Die Sowjet-Diplomatie verfolgt in Ankara sehr genau die deutsch-türkischen Regierungsgespräche. Der sowjetische Botschafter Smirnow sagte bei einem Empfang in der deutschen Botschaft deutschen Korrespondenten, die USA und die Bundesrepublik versuchten das gute Verhältnis zwischen Ankara und Moskau zu stören. Der Sowjet-Diplomat unterhielt sich bei dieser Gelegenheit auch mit dem parlamentarischen Staatssekretär von und zu Guttenberg.



KRITISCH stehen in diesen Tagen viele junge Katholiken auf dem 82. Deutschen Katholikentag der Kirche gegenüber. Besonders besucht war gestern das Seminar „Ehe und Familie“. Diese jungen Mädchen hören gespannt zu. Rechts bei einem Empfang der nordrhein-westfälischen Regierung der Kardinal von München und Freising, Döpfner

## Revision der Ehe-Enzyklika gefordert

### Resolution auf dem Katholikentag in Essen – Aufhebung des Imprimatur verlangt

ESSEN (dpa). Fast einstimmig forderten 3000 Teilnehmer am Eheforum des 82. Deutschen Katholikentages in Essen gestern in einer Resolution die Revision der päpstlichen Ehe-Enzyklika „Humanae vitae“. Nur 90 Teilnehmer des Forums stimmten gegen die Resolution, 53 enthielten sich der Stimme.

In der Resolution heißt es, daß die große Mehrheit des Forums der Forderung nach Gehorsam gegenüber dem Papst in der Frage der Methoden zur Empfängnisverhütung „nach Einsicht und Gewissen nicht folgen kann“. Sie halte eine grundsätzliche Revision in diesem Punkt für unbedingt erforderlich.

Diese und andere Resolutionen wurden entgegen den Wünschen der Leitung des Katholikentages verabschiedet. Die Diskussion in einzelnen Forumskreisen wurde von ihren Leitern abrupt abgebrochen, als es sich herausstellte, daß mit einer Mehrheit für eine von der Opposition eingebrachte Resolution zu rechnen sei. So erklärte der Leiter des Forumskreises „Wer macht unsere Meinung“, Dr. Hermann B. venter aus Bensberg, ausdrücklich, er dürfe auf Weisung der Katholikentagsleitung keine Abstimmung über Resolutionen zulassen. Die

Katholikentagsleitung äußerte später jedoch, es habe sich um keine Anweisung, sondern nur um eine Empfehlung gehandelt.

3000 Zuhörer im Forumsgespräch „Ratlose Eltern – Rebelle Jugend“ beschlossen mit großer Mehrheit eine Resolution an das Zentralkomitee des Deutschen Katholikentages, in der ein echtes Gespräch zwischen den Partnern in einer mündigen Kirche gefordert wird. Die Jugend könne sich einem Monolog der Kirche, der auf angestammten Autoritätsbewußtsein beruhe, nicht mehr verpflichtet fühlen.

Nur mit zehn Stimmen unterlag die Opposition im Forumsgespräch „Unsere Demokratie in der Bewährung“ mit ihrem Resolutionsvor-

schlag, der eine grundlegende Demokratisierung der deutschen Kirche forderte. Er verlangte die Auflösung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und die Einberufung eines deutschen Nationalkonzils nach niederländischem Muster.

Die Forderung nach Aufhebung des Imprimatur (kirchliche Druckereilaubnis) und eine zeitnähere Verkündung wurde als Resolution eines Arbeitskreises des Forums einstimmig angenommen. „Diese Welt und Gottes Wort“ bekanntgegeben. Darin wurde die Kluft zwischen der Theologie und der alltäglichen Verkündigung beklagt und eine freie, öffentliche Diskussion über die theologische Wissenschaft im Raum der Kirche verlangt.

## Nazis in der DDR-Press

### „Eichmann-Jäger“ Wiesenthal veröffentlicht 39 Namen

WIEN (dpa). Der „Eichmann-Jäger“ Simon Wiesenthal legte gestern in Wien vor der Presse eine Liste mit den Namen von 39 Personen vor, die der NSDAP angehört und in der NS-Zeit einflußreich. Posten hatten, heute aber in der DDR, im Rundfunk und in den Propagandastellen der DDR den gleichen Einfluß besitzen.“

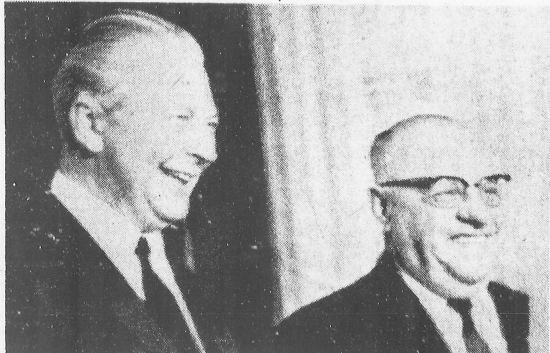
Damit hat Wiesenthal, der wiederholt über ehemalige Nationalsozialisten in der Bundesrepublik und in Österreich Enthüllungen veröffentlicht hat, zum erstenmal die DDR zur Zielscheibe seiner Angriffe gemacht. Er gibt in seiner Liste die Tätigkeit der von ihm genannten 39 Personen in der NS-Zeit bekannt, die von der einfachen Mitgliedschaft über die Mitarbeit an der NS-Presse bis zur „Entjudung“ des Kulturlebens und Befürwortung der Nürnberger Rassengesetze reicht.

Vor allem wirft Wiesenthal ihnen vor, daß sie in ihrer alten Ideologie und Terminologie verharrten. Zu den bekanntesten von Wiesenthal genannten ehemaligen Nationalsozialisten gehören:

● Kurt Blecha, Pressechef der DDR-Regierung, Hans-Walter Aust,

Chefredakteur der „Deutschen Außenpolitik“, des offiziellen außenpolitischen Organs der DDR, Dr. Gerhard Dengler, Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung in der DDR, Dr. Egbert von Frankenberg und Proschlit, Militärkommentator der DDR, Dr. Karlheinz Gerstner, Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, Günther Hoffe, Verlagsleiter des „Verlag der Nation“ in Ost-Berlin, Günther Kertzscher, stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Gerhard Kegel, Mitarbeiter des SED-Zentralkomitees, Herbert Krüger, Rektor der Walter-Ulbricht-Akademie, Otto Zander, stellvertretender Chefredakteur der „Nationalzeitung“ in der DDR.

Wiesenthal sagte, daß die Dokumentation über die Rolle ehemaliger aktiver Nationalsozialisten in Presse, Funk und Propaganda der DDR seit einem Jahr vorbereitet werde. Über 600 Fälle seien genau geprüft worden. „Die DDR hat immer mit erhobenem Zeigefinger auf Westdeutschland gezeigt, wenn von der NS-Vergangenheit führender Leute die Rede war, jetzt muß sie es sich gefallen lassen, daß dieser Zeigefinger gegen sie selbst gerichtet wird“, sagte Wiesenthal.



BUNDESKANZLER KIESINGER traf gestern bei seinem Besuch in der Türkei auch mit dem türkischen Staatspräsidenten Sunay (rechts) zusammen. Der deutsche Regierungschef reist anschließend nach Persien und Afghanistan.